

Im Jahr 1985, mit 24 Jahren, war ich auf der Flucht aus einem amerikanischen Doktorandenprogramm nach Kreuzberg in West-Berlin gezogen, um ein wenig Abenteuer zu suchen. Auf dem Weg zu meinem Deutschkurs wollte ich dort einmal bei roter Ampel über die Straße gehen. Gerade als ich auf die Fahrbahn treten wollte, hob ein alter Mann seinen ausgestreckten Arm vor meine Brust und hielt mich zurück. „Was fällt Ihnen ein? Da sind doch Kinder“, rief er.

Damals war ich verblüfft und verärgert. Ja, da warteten auch Kinder auf beiden Seiten der Straße, aber die standen dort sicher zusammen mit ihren Eltern. Ich hatte es eilig. Ich konnte kein einziges Auto herankommen sehen. Was ging es diesen Mann an, wenn ich die Straße bei Rot überquerte?

Heute muss ich immer wieder einmal an diesen Vorfall denken. 1985 sah ich darin einen Ausdruck jener obsessiven Ordnungsliebe und Kontrollwut der Deutschen, von der Verwandte, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, mir erzählten. Heute denke ich, es könnte auch eine kurze Begegnung mit einem der Fundamente deutscher Demokratie gewesen sein. Lassen Sie mich das erklären. Der Mann, der mich am Überqueren der Straße hinderte, dachte dabei nicht an sich selbst. Es wäre leichter für ihn gewesen, Streit zu vermeiden und mich einfach gehen zu lassen. Er dachte an die Menschen, die gleichfalls dort an der Ampel standen – und das nicht nur für den Augenblick. Die Kinder auf dem Bürgersteig waren durchaus sicher. Was ihm Sorgen bereitete, war das Beispiel, das ich ihnen gab. Wenn die Kinder in der Zukunft dasselbe täten wie ich, könnten sie Schaden nehmen.

Anders gesagt, der Mann, der mich auf der Straße zurückhielt, dachte wie ein Bürger. Er dachte weniger an sich selbst als daran, was er zum Wohle der Menschen um ihn herum jetzt und in der Zukunft tun konnte. Hier im kalifornischen Silicon Valley, wo ich lebe, und allgemeiner in den gesamten Vereinigten Staaten unter Trump, verkünden die Amerikaner eher mit lauter Stimme, dass die individuelle Freiheit die Grundlage der Demokratie sei. Du willst die Straße überqueren. Tu es einfach! Du willst eine Firma gründen, eine Branche aufmischen, die Welt verändern und dabei viel Geld verdienen? Steve Jobs hat das getan. Vielleicht kannst du es auch.

Die Alltäglichkeit bürgerlichen Denkens

Aber immer wenn ich nach Deutschland komme, bemerke ich einen anderen Grundsatz, nach dem sich eine demokratische Gesellschaft ordnen lässt, einen Grundsatz, der ein hohes Maß an Individualität erlaubt, aber zugleich in einer Weise das Gemeinwohl berücksichtigt, die allzu viele Amerikaner vergessen haben. Heute bin ich Hochschullehrer, und in diesem Sommer kam ich zurück nach Berlin, um mich an einer einwöchigen Summer School zu beteiligen. Am ersten Abend unternahm ich einen Spaziergang durch einen ruhigen Wohnbezirk in Kreuzberg nicht weit von meinem Hotel und sah dort Plakate an den Wänden kleben, auf denen für Demonstrationen geworben wurde: „Unser Kiez, nicht ihr Profit!“, „Markt macht Armut“ und „Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mieten-Wahnsinn“ stand darauf.

Für meine Nachbarn im Silicon Valley wären solche Plakate gänzlich unvorstellbar. Ich wohne in Mountain View, der Heimatstadt von Google. In den letzten zwei oder drei Jahren sind dort die Mieten derart in die Höhe geschossen, dass nur wohlhabende Googler sie noch bequem bezahlen können. Das Gesicht der Stadt hat sich seither verändert. Arbeiterfamilien sind still weggezogen, Buchhandlungen und kleine Läden haben geschlossen. Neue Einwohner reißen die in den fünfziger Jahren entstandenen Häuschen ein und ersetzen sie durch Herrenhäuser im Kleinformat. Krankenschwestern und Köche leben in Campingtrailern auf der Straße.

Als ich die Plakate in Kreuzberg sah, erinnerte ich mich, dass dort Bürgerproteste im Herbst 2018 Google an der Eröffnung eines riesigen Start-up-Zentrums gehindert hatten und dass im April dieses Jahres mehr als zwanzigtausend Berliner eine Petition unterzeichneten, in der sie die Stadtregierung aufforderten, die nach dem Fall der Berliner Mauer an Privatunternehmen verkauften Wohnungen wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Bei vielen dürfte die Vorstellung, Googles Reichtum zurückzuweisen und Privatbesitz zu enteignen, die Geister des Kommunismus heraufbeschwören. Bei mir lösten sie die Erinnerung an diesen Mann aus, der mich 1985 an der Ampel zurückhielt. Die Protestierenden dachten wie Bürger.

Der Berliner Senat reagierte auf ihre Forderungen mit einem fünfjährigen Moratorium für Mieterhöhungen. Ob Sie das nun für eine gute Idee halten oder nicht, sie beweist jedenfalls eine Aufmerksamkeit für die kollektive Lebensqualität der Stadt, die man in meiner eigenen, individualistisch ausgerichteten Heimatstadt Mountain View verloren hat und vor der viele Amerikaner sich fürchten. Wenn unsere Politiker den Staat kritisieren, falls er unseren Bürgern zu helfen versucht, behaupten sie, uns damit vor massenhafter Konformität zu schützen. Wenn wir eine allgemeine Krankenversicherung einführen oder in öffentlichen Parks das Bohren nach Öl untersagen, würden wir bald wie Sowjetrussland sein, rufen manche. Wir würden sogar wie Nazideutschland sein, sagen andere. Wir würden keine Nation einzigartiger Menschen mehr sein.

Die größte Überraschung für einen Amerikaner, der auf einem größeren deut-



Als man sich noch nahe war: Angela Merkel und Barack Obama im Berliner Hotel Adlon

Foto AFP

Über die Demokratie in Deutschland und Amerika

Der Romanist Hans Ulrich Gumbrecht und der Medienwissenschaftler Fred Turner stritten an der Universität Stanford über den politischen Stil auf beiden Seiten des Atlantik.

Gumbrecht wünscht sich die Deutschen weniger staatstragend.

Turner vermisst bei seinen Landsleuten deutschen Gemeinsinn.

Sie wurden sich nicht einig.

schen Flughafen landet, sind die Gestelle voller Zeitungen, die dort, teils zum Verkauf, teils kostenlos, in der Halle stehen. Sie sind ein sichtbares Zeichen der Tatsache, dass Deutschland eine florierende, zutiefst demokratische Medienlandschaft besitzt. Die deutschen Zeitungen vertreten ein breites Spektrum politischer Meinun-



Fred Turner erforscht in Stanford den Zusammenhang von medialer und politischer Entwicklung

gen und erreichen ein hohes intellektuelles Niveau, das nur wenige amerikanische Herausgeber ihren Lesern zumuten zu können glauben. Die elektronischen Medien genießen in Deutschland ein Maß an staatlicher Finanzierung, das weit über alles hinausgeht, was wir in Amerika kennen. In unseren nahezu vollständig privatisierten Medien ist Aufmerksamkeit alles. Wer Werbung verkaufen will, muss dafür sorgen, dass die Zuschauer am Bildschirm bleiben. Verkehrsunfälle, Promi-Streitereien, selbst gelegentliche rassistische Tweets des Präsidenten – all das dient dazu, Aufmerksamkeit zu erregen und zu binden.

Stellen Sie sich vor, wie sonderbar es für einen in diesem Mediensystem aufgewachsenen Zuschauer ist, den Fernseher einzuschalten und die „Tagesschau“ zu sehen, mit ihrer nüchternen Eröffnungsmelodie und Nachrichten sprechen, deren förmlich-offizielle Sprache signalisiert, dass es um öffentliche Angelegenheiten geht. Ich weiß sehr wohl, dass auch Deutschland seine Probleme hat, manche davon wie die unsrigen. Ich war in Siegen und sah dort das Emblem des amerikanischen Rassismus, die Flagge der Konföderierten, aus dem Fenster eines Hauses außerhalb der Stadt hängen. Ich habe mir das Wahlprogramm der AfD angesehen und einige Ängste vor Fremden gefunden, die

auch Trumps Anhänger bewegen. Die ost-deutschen Bundesländer leiden offensichtlich immer noch unter den Nachwirkungen des Kalten Kriegs. Und obwohl die meisten Veteranen dieses Kriegs inzwischen tot sein dürften, ist es unmöglich, der Erinnerung an den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg zu entkommen.

Dennoch sage ich manchmal zu meinen deutschen Freunden: „Wir haben euch 1945 die Demokratie gebracht. Jetzt ist es an der Zeit, dass ihr euch dafür reanichert.“ Meine Freunde schauen mich dann verwundert an. Sie sagen mir, wie klein Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sei und wie stark von der Bindung an die Europäische Union eingeschränkt. Wir können nichts gegen Google oder Apple oder Facebook aussprechen, sagen sie mir, und auch nichts an amerikanischen Individualismus ändern oder an der Kommerzialisierung der amerikanischen Kultur oder an den militärischen Abenteuerern der Vereinigten Staaten im Ausland.

Da bin ich anderer Meinung. Deutschland hat bereits begonnen, die Ausbreitung der amerikanischen Kultur eines marktabhängigen, rein zweckorientierten Individualismus einzugrenzen. Deutschlands langjähriges Engagement für den Datenschutz hat sowohl das Bundesdatenschutzgesetz als auch die Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union geprägt. Diese Gesetze mögen für Deutsche und Europäer geschrieben worden sein, aber sie schränken schon jetzt das Verhalten amerikanischer Unternehmen ein, die auf dem europäischen Markt aktiv sind. In einer Welt mit zahlreichen Regulierungen werden viele Firmen versuchen, dem höchsten Standard zu genügen. Indem Deutschland diesen Standard setzt, kann es dazu beitragen, dass seine zivilgesellschaftliche Kultur Einfluss auf kommerzielle Institutionen Amerikas gewinnt.

Deutschland kann auch helfen. Amerika allein durch das gute Beispiel zu demokratisieren. Wenn Angela Merkel sich gegen Donald Trump wendet, nehmen die Amerikaner davon Notiz. Wenn Bewohner des Silicon Valley von Berliner Maßnahmen zur Beschränkung der Mieten hören, erkennen sie, dass die Dinge auch anders sein könnten. Wenn meine Freunde und ich Deutschland besuchen und dort Zeitung lesen oder den Fernseher einschalten oder auch nur einen Abend in einem Biergarten verbringen und uns mit Fremden unterhalten, lernen wir eine Möglichkeit kennen, man selbst und zugleich Bürger zu sein. Und zumindest aus meiner Sicht machen gerade dieses Gefühl und die Art, wie es das alltägliche Leben und die staatlichen Institutionen prägt, Deutschlands demokratische Kultur zu einem Vorbild für uns alle. FRED TURNER

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michael Bischoff.

Es war am heißesten Berliner Sommerabend des heißen vergangenen Junis, gegen Ende einer Podiumsdiskussion. Mein Kollege Fred Turner aus Stanford sagte den angesichts der Temperatur erstaunlich zureichenden und außergewöhnlich aufmerksamen Hörern, wie viel die Vereinigten Staaten heute von der demokratischen Kultur in Deutschland lernen könnten – und ohne die Annahme, dass es sich um eine höfliche Geste des Dankes fürs Durchhalten handelte, aber auch um ein für die nationale Selbstgefälligkeit allzu freundliches Kompliment, hätte ich mir wohl den etwas lauten und undifferenzierten Schlussprotest erspart. Noch auf dem Weg zum unvermeidlichen Bier betonte Fred dann aber, wie durchaus ernst er es mit seiner Bemerkung gemeint habe, während ich mir über ein aufkommendes schlechtes Gewissen mit dem Vorschlag weiterhalf, die potentiell produktive Differenz zwischen unseren Positionen schriftlich und in der Öffentlichkeit weitzutreiben.

Dies war auch der Moment, wo unser bis dahin freundlich-kollegiales Verhältnis begann, zu einer Freundschaft zu werden – gerade weil wir uns nicht einig waren (und Freundschaft ja davon lebt, wechselseitigen Sympathien, ohne zwingende Gründe zu folgen). Einem deutschen Kollegen wäre ich so jedenfalls nicht gekommen, obwohl der Begriff „Streitkultur“ gerade zwischen Berlin und München besonders hochgehalten wird und eigentlich kaum ins Englische zu übersetzen ist. Wie ganz verschieden sich aber die Praxis ausnimmt, hatte ich kurz zuvor eben in München erlebt (es hätte natürlich auch Berlin sein können), wo man mir zutrauen wollte, eine Debatte zwischen Politikern aus mehreren europäischen Ländern per „Impulsreferat“ (auch so ein Wort!) in Gang zu bringen. Als Erster reagierte ein prominenter bayerischer Landespolitiker mit dem Vorschlag, tatsächlich all jene Themen auszublenden, im Bezug auf die ein Konsens weder evident noch wahrscheinlich war. Und hier liegt mein erster Punkt einer nüchternen Kritik an der demokratischen Kultur in Deutschland, einer Kritik, welche schon immer erleichtert voraussetzt, dass die Nation seit 1949 endlich einen ebenso komplizierten wie erfolgreichen Weg zu positiver Normalität in der parlamentarischen Politik gegangen ist.

Doch dabei hat sie die Fähigkeit, Bereitschaft und Freude an der kommunikativen Grundform des „agreement to disagree“ erstaunlich wenig entwickelt. Vielmehr mag in der vorherrschenden Überzeugung, dass Fragen aller Art bei hinreichendem Nachdenken zu klaren und verbindlichen Lösungen führen werden und sollen, ein historischer Hang

zur Metaphysik weiterleben, ein Hang, der für Deutschland vom alltäglichen Gespräch bis zum Bundestag einen international wohl singulären Konsensdruck erzeugt. In den „Debate Clubs“ hingegen, bis heute einer Lieblingsinstitution amerikanischer Teenager, übt man gerade die entgegengesetzte intellektuelle und rhetorische Fertigkeit, sich nämlich auseinanderzusetzen – um erst gar nicht von der Streit-Leidenschaft in Israel zu reden und von dem Witz über die beiden Rabbiner, die sich auf einer einsamen Insel treffen und bald schon drei Synagogen gründen.

Ob der Mann aus Deutschland, an den sich Fred Turner so dankbar erinnert, weil er ihn daran hinderte, die Straße bei Rot zu überqueren, für die Bürger-tugend der Verantwortung (in diesem Fall: zugunsten von Kindern) stand oder einfach für selbstgerechte Engstirnigkeit, werden wir nie wissen. Erschrocken hat mich jedenfalls die nur scheinbar nebensächliche Bemerkung, dass er nicht zögerte, dabei seinen Körper – und das heißt im strikten Sinn des Wor-



Hans Ulrich Gumbrecht ist Emeritus für Komparatistik in Stanford und seit 2000 amerikanischer Staatsbürger.

tes: Gewalt – einzusetzen. Wer bürgerliche Tugenden derart taktlos durchsetzt, das ist meine Erfahrung und ein zweiter Anlass zur Kritik an der Demokratie-Kultur in Deutschland, versteht sich gerne auch als Verkörperung der nationalen „Leitkultur“.

Die seit einigen Jahren der Fußball-Nationalmannschaft anzusehende Diversität findet nur solange überwiegend positive Resonanz, wissen wir seit dem „Fall Özil“, wie sich die Spielernamen, welche man nicht im deutschen Namenslexikon findet, und die Gesichter, welche

vor hundert Jahren „exotisch“ ausgesehen hätten, mit dem „Leitkultur“-Konsensus von Werten und politischen Positionen assoziieren lassen. Schon das Kriterium der „gelungenen Integration“ klingt in diesem Kontext verdächtig, weil es eine definierbare Grenze zwischen dem Innen und dem Außen der nationalen Gesellschaft voraussetzt. Oder aus einer dritten Perspektive: Nach dreißig Jahren in den Vereinigten Staaten fällt mir auf, wie gutmeinende Kollegen aus Deutschland immer wieder die Diversität der Studenten in meinen Seminaren bewundern, während sie mir selbst schon lange nicht mehr auffällt (und Fred wahrscheinlich noch nie aufgefallen ist). Man muss nicht sympathisch, wohlintegriert und am Ende den Eingeborenen ähnlich sein, um ein Recht auf Bleiben zu haben. Die einzigen „Spielregeln“, von denen demokratische Inklusion abhängen darf, sind rechtliche, und wo ihre juristische Artikulation ausbleibt, da greifen sie auch nicht.

Dies führt zu einer dritten Tendenz, die mich im Alltag der deutschen Demokratie irritiert, und ich meine die so oft vorausgesetzte Nähe zwischen Gesellschaft, Nation, Staat – und Konsens. Das durchaus nicht nur ironisch gebrauchte (und noch einmal kaum aus dem Deutschen übersetzbare) Wort „staatstragend“ setzt voraus, dass es etwas Essentielles an den Bürgern gibt, gleichsam eine spezifische Substanz, die den Staat ausmacht und in ihm dank der Bürger (sie „tragen“ ihn) permanent sichtbar werden soll. Zum Beispiel, im positivsten Fall, die Sorge um das Wohl aller im sogenannten „Wohlfahrtsstaat“. So ein natürlich nicht vorab illegitimes Verständnis macht den Staat über eine Unzahl von Gesetzen breit und allgegenwärtig, während er sich nach der für die amerikanische Geschichte dominanten Prämisse allein auf Regeln des öffentlichen Umgangs mit der Macht beschränken soll.

Kontinuität des Normalen im Ausnahmefall

Diese Regeln sind – entgegen einem heute in Europa als selbstverständlich geltenden und von nicht wenigen amerikanischen Intellektuellen durchaus geteilten Vorurteil – selbst in der Regierungszeit von Donald Trump keinesfalls aufgehoben worden (irgendwann musste ich den auch mir verhassten Namen nennen). Im Gegenteil: Möglicherweise konnte sich auf der einen Seite das exzentrische Unglück von Trumps Wahl nur ereignen, weil es keine bindend-substantielle Konzeption von dem gibt, was der Staat und seine Repräsentanten sein sollen. Auf der anderen Seite aber haben die Gesetze, Regeln und Strukturen, welche allein den amerikanischen Staat ausmachen, die Fähigkeit Trumps wirksam darin eingeschränkt, seine erratischen Einfälle durchzusetzen, und haben damit dem Land eine Kontinuität des historisch Normalen bewahrt. Hier unterschätzt Europa gewiss die amerikanische Demokratie der Gegenwart.

Und damit geht meine freundschaftlich-kritische Argumentation gegen einige Implikationen des Deutschland-Lobs von Fred Turner schließlich in eine Konfession über. Ich gebe zu, dass ich mich vor gut dreißig Jahren (als sich dazu eine großzügige Chance bot) entschlossen habe, in den Vereinigten Staaten zu leben und (ausschließlich) amerikanischer Bürger zu werden, weil ich dort vor allem als Folge des eng gehaltenen Begriffs vom Staat eine Welt der „unbegrenzten Möglichkeiten“ sehe. Nicht in dem naiven Sinn, dass alle Hoffnungen und selbst Illusionen „in Erfüllung“ gehen müssten, sondern weil die Grenzen des Möglichen positiv wie negativ nicht durch einen vom Staat getragenen Konsensus beschnitten werden.

Das schließt den Kontrast zwischen exzentrischen Präsidenten wie Donald Trump und Barack Obama ein; aber auch den vor nur zehn Jahren nicht geahnten umformenden Einfluss der Elektronik-Start-ups von Silicon Valley auf den globalen Alltag und andererseits die von Fred Turner zu Recht bloßgestellten Konsequenzen dieser Industrie für den lokalen Immobilienmarkt. Dass allerdings staatlich geförderte und mithin „sozial verträglichere“ Start-up-Szenen die Zukunftsprobleme der deutschen Wirtschaft lösen werden, scheint mir durchaus unwahrscheinlich.

Der „bekenkende“ Teil meiner Positionsbeschreibung mag auf den Gemeinplatz zusteuern, dass dies „alles eine Frage des Temperaments“ sei. Ein Leben ohne Risiko kann ich mir in der Tat nur für andere vorstellen – und im Großen und Ganzen habe ich Glück gehabt mit meiner Entscheidung für Amerika (in einem Beruf wohlgebetet, dessen Risikomargen die für das Grundschulalter typischen kaum überschreiten). Hinzu kommt, dass in unserer globalen Gegenwart jener Patriotismus selten geworden ist, der es den Untertanen und später den Bürgern nahelegte, das Land ihrer Geburt mit einer Intensität zu lieben, wie ich sie heute eher in Freds Begeisterung für Deutschland oder in meiner eigenen paradoxalen „Vaterlandsliebe“ für Amerika entdecke.

Und vielleicht sehen wir nun ja beide die Welten differenzierter und sind etwas mehr zu Kosmopoliten geworden, weil wir nicht bereit waren, unseren Widerstreit unter einen Konsensstempel zu kehren. Immer vorausgesetzt, dass Kosmopolit ist, wer sich nirgends ganz zu Hause – und vollkommen wohl – fühlen kann. HANS ULRICH GUMBRECHT